



Münster, 16.03.2026

Ratsantrag

Digitaloffensive Münster: Zusätzliches Digitalbudget für die Stadtverwaltung einrichten

Der Rat möge beschließen:

1. Im Haushalt 2026 werden 800.000 Euro als neues Digitalisierungsbudget bereitgestellt. In den Jahren 2027 bis 2030 werden jährlich 250.000 Euro veranschlagt.
2. Das Budget dient als Förderinstrument für die Digitalisierung in Fachämtern mit dem Ziel der Prozessoptimierung sowie von Effizienz- und Effektivitätsgewinnen. Geförderte Vorhaben sollen sich mittelfristig amortisieren. Darüber hinaus soll das Budget dazu beitragen, den Bürgerinnen- und Bürgerservice verständlicher und zugänglicher zu gestalten. Dazu zählen insbesondere die Weiterentwicklung des Serviceportals und KI-Unterstützung im Bürgerservice.
3. Konkrete Digitalisierungsvorhaben werden nach den oben genannten Kriterien durch die Verwaltung auf Vorschlag von Fachämtern und Politik ausgewählt sowie unkompliziert und praxisorientiert umgesetzt.
4. Im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung wird zusätzlich regelmäßig über erzielte Ergebnisse berichtet.

Finanzielle Aufwendungen:

	2026	2027	2028	2029	2030
Digitalisierungsbudget	800.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €	250.000 €

Begründung:

Digitalisierungsvorhaben brauchen einen Schub in der Stadtverwaltung, deshalb stärken wir die Anschubfinanzierung. Fachämter und Politik können Vorhaben einbringen und zeitnah umsetzen. Die Impulse sollen aus der Verwaltung selbst kommen. Die Menschen in den Ämtern kennen die Prozesse und wissen, wo digitale Lösungen wirklich helfen. Ergänzt durch Vorschläge aus der Politik und bewertet gemeinsam mit citeq entstehen so Lösungen, die in der Praxis tragen und zur bestehenden IT-Infrastruktur passen.

Ein konkretes Beispiel ist die KI-Automaistierung der Wohngeldbearbeitung, der die Koalition mit einem dezidierten Mittel Rechnung trägt. Die Optimierung personalintensiver Prozesse mit klar absehbarem Optimierungspotenzial, die im laufenden Haushaltsvollzug bislang nicht angegangen werden konnten, sollen künftig über dieses Instrument finanzierbar sein.

gez.

Andrea Blome
Albert Wenzel
und Fraktion

Lia Kirsch
und Fraktion

Maren Berkenheide
und Fraktion